

LANDTAG DES
FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN

P



JAHRESBERICHT 2022

**DER DELEGATION BEI DER
PARLAMENTARISCHEN VERSAMMLUNG DER OSZE
(ORGANISATION FÜR SICHERHEIT UND
ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA)**

INHALTSVERZEICHNIS

I.	Einleitung.....	3
1.	Zusammensetzung der Delegation.....	3
2.	Allgemeines zur Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa	3
II.	Wintertagung vom 24. bis 25. Februar 2022 in Wien und online	4
1.	Eröffnungssitzung und Plenardebatte.....	4
2.	Der Ständige Ausschuss.....	5
3.	Die drei Allgemeinen Ausschüsse	6
III.	Jahrestagung vom 2. Juli bis 6. Juli 2022 in Birmingham	7
1.	Eröffnungssitzung	7
2.	Der Ständige Ausschuss.....	8
3.	Die drei Allgemeinen Ausschüsse	8
4.	Plenarversammlung.....	10
5.	Erklärung von Birmingham	10
6.	Bilaterale Gespräche.....	10
7.	Wahlen.....	11
IV.	Herbsttagung vom 24. bis 26. November 2022 in Warschau	11
1.	Eröffnungssitzung und Parlamentarische Konferenz	11
2.	Der Ständige Ausschuss.....	12
3.	Network of Young OSCE PA Parliamentarians.....	13
V.	Call for Action – Helsinki +50 Process	13
VI.	Zusammenarbeit	13
VII.	Kostenaufwand der Delegation.....	13
VIII.	Weitere Informationsquellen.....	13
IX.	Schlusswort und Antrag	14

I. Einleitung

Die Delegation vertritt den Landtag bei der Parlamentarischen Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE PV). In dieser Funktion nimmt sie an verschiedenen Tagungen und Aktivitäten teil, die ihm Rahmen der OSZE PV durchgeführt werden. Gemäss Artikel 61 Absatz 7 der Geschäftsordnung für den Landtag vom 19. Dezember 2012 über die Ständigen Delegationen unterbreitet die Delegation dem Hohen Landtag ihren Jahresbericht 2022.

1. Zusammensetzung der Delegation

Im Anschluss an die im Februar 2021 durchgeführten Landtagswahlen wurde die liechtensteinische Delegation für die Parlamentarische Versammlung der OSZE anlässlich der Eröffnungssitzung des Landtags am 24. März 2021 gewählt. Die Delegation setzte sich im Berichtsjahr aus folgenden Mitgliedern zusammen:

- Abg. Norma Heidegger, Delegationsleiterin
- Abg. Sebastian Schädler, ordentliches Mitglied
- Stv. Abg. Elke Kindle, stellvertretendes Mitglied
- Abg. Günter Vogt, stellvertretendes Mitglied
- Sandra Gerber-Leuenberger, Delegationssekretärin

2. Allgemeines zur Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

Die OSZE ist ein Instrument für Frühwarnung, Konfliktverhütung, Krisenmanagement und Konfliktnachsorge. Sie wurde 1975 als Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) gegründet. Liechtenstein gehörte zu den Gründungsmitgliedern. Ihr gehören 57 Staaten aus Europa, Asien und Nordamerika an.

Die Parlamentarische Versammlung wurde in Übereinstimmung mit der Charta von Paris aus dem Jahre 1990 gegründet. Sie vereint 323 Parlamentarier von Vancouver bis Wladiwostok. Die Hauptaufgabe ist die parlamentarische Seite innerhalb der OSZE zu stärken sowie den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen den Abgeordneten zu erleichtern. Sie spielt eine führende Rolle bei Wahlbeobachtungen und stärkt die internationale Zusammenarbeit zur Umsetzung gemeinsamer Selbstverpflichtungen in den Bereichen Sicherheit und Politik, Wirtschaft und Umwelt sowie Demokratie und Menschenrechte. Zu den Entscheidungsgremien der Parlamentarischen Versammlung der OSZE gehören das Präsidium der Versammlung sowie der Ständige Ausschuss welcher sich aus der Präsidentin, den Vizepräsidenten, dem Schatzmeister, den Amtsträgern der Allgemeinen Ausschüsse sowie den Leitungen der nationalen Delegationen zusammensetzt. Liechtenstein ist in der Parlamentarischen Versammlung mit zwei Mitgliedern sowie zwei Stellvertretern vertreten. In jedem der drei Allgemeinen Ausschüsse besitzt Liechtenstein ein Stimmrecht.

II. Wintertagung vom 24. bis 25. Februar 2022 in Wien und online

Die Wintertagung in Wien ist nach der Jahresversammlung das zweitgrösste Treffen der OSZE PV. Sie dient insbesondere dem Austausch mit den Vertretern der OSZE, die ihren Sitz in Wien haben. Die Tagung beinhaltet in der Regel ein Treffen des Ständigen Ausschusses, Plenarsitzungen und Sitzungen der drei Allgemeinen Ausschüsse.

Die Konferenz fand aufgrund der epidemiologischen Situation in einem gemischten Format statt und die persönliche Teilnahme in Wien war auf die Mitglieder des Ständigen Ausschusses, die Sonderbeauftragten und die Vorsitzenden der Ausschüsse beschränkt. Die weiteren Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung der OSZE nahmen online teil.

Liechtenstein wurde an der Tagung in diesem Format durch die Abgeordnete Norma Heidegger als Delegationsleiterin vor Ort in der Wiener Hofburg und den Abgeordneten Sebastian Gassner online sowie die Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger vertreten.

Aufgrund des russischen Angriffs auf die Ukraine am 24. Februar wurde die vorgesehene Agenda der Wintertagung den ausserordentlichen Ereignissen angepasst.

1. Eröffnungssitzung und Plenardebatte

Die russische Invasion in der Ukraine, die am Eröffnungstag der Wintertagung begann, stand im Mittelpunkt der Diskussionen. Der polnische Aussenminister und amtierende Vorsitzende der OSZE, Zbigniew Rau, verurteilte den Angriff auf die Ukraine als Verstoss gegen das Völkerrecht. Der nicht provozierte russische Grossangriff auf ukrainische Städte und Dörfer stelle einen fundamentalen Verstoss gegen die UN-Charta und die Helsinki-Schlussakte dar, betonte Rau. Die Berufung auf Artikel 51 der UN-Charta, um dieses Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu rechtfertigen, sei bedauerlich und beschämend. Der amtierende Vorsitzende erinnerte daran, dass die OSZE einen weiteren Krieg auf dem europäischen Kontinent verhindern sollte, und forderte die Russische Föderation auf, ihren internationalen Verpflichtungen und Zusagen nachzukommen. Jede nachhaltige politische Lösung müsse die Souveränität, die territoriale Integrität und die Unabhängigkeit der Ukraine in vollem Umfang respektieren, betonte Rau. Er führte ferner aus, dass die Völker ein Recht darauf haben, in Frieden und Würde zu leben, dass Sicherheit der Schlüssel zu einer stabilen Welt sei und dass kein Staat das Recht habe, Gewalt und Zwangsgewalt zur Durchsetzung politischer Ziele einzusetzen. Abschliessend lud er die Russische Föderation ein, sich an einem sinnvollen Dialog in gutem Glauben zu beteiligen, und verwies auf die Bedeutung der Versammlung der OSZE für die Stärkung des Multilateralismus.

Die Präsidentin der Versammlung, Margareta Cederfelt, betonte, wie wichtig es sei, Lösungen für den Konflikt in der Ukraine zu finden, und unterstrich die unerschütterliche Unterstützung der OSZE für eine Lösung des Konflikts, die auf zentralen OSZE-Prinzipien wie der Unverletzlichkeit der Grenzen und der Unteilbarkeit der Sicherheit beruht. Die russische Militärintervention in der Ukraine sei eine bewaffnete Aggression, die eindeutig und grob gegen die grundlegendsten Normen des Völkerrechts sowie die OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen verstosse, so die Präsidentin. Die Parlamentarier müssen heute mehr denn je ihre Aufsichtsfunktion wahrnehmen, anstatt ihren Regierungen die Verletzung internationaler Verpflichtungen zu ermöglichen. Parlamente müssen Instrumente der Deeskalation sein, nicht Waffen der Konfrontation. Die Präsidentin wies darauf hin, dass das Misstrauen zwischen den Teilnehmerstaaten der Versammlung der OSZE die Sicherheit

in Europa beeinträchtigt habe und dass die Diplomatie nach wie vor das einzige Instrument zur Schaffung eines nachhaltigen Friedens sei. Sie forderte alle Teilnehmerstaaten auf, sich an den Diskussionen zu beteiligen und das Vertrauen aufzubauen, das für die Verwirklichung der Grundsätze von Helsinki erforderlich ist, und erinnerte daran, dass die OSZE-Parlamentarier von einer gemeinsamen Mission geleitet werden.

In der anschliessenden Aussprache ergriffen zahlreiche Abgeordnete das Wort. Parlamentarier aus dem gesamten OSZE-Raum äusserten sich besorgt über die derzeitige Sicherheitslage, wobei mehrere anmerkten, dass die Entwicklungen eine grosse Bedrohung für den Frieden nicht nur in der Ukraine, sondern in ganz Europa darstellen. Es sei an der Zeit, dass sich die Parlamentarische Versammlung an die Seite der Ukraine stelle. Die Parlamentarier sagten, dass der Schwerpunkt darauf liegen müsse, die Eskalation des Konflikts zu stoppen und einen grösseren Krieg zu verhindern, und forderten eine Rückkehr zum bilateralen und multilateralen Dialog. Die Diplomatie sei nach wie vor wichtig, aber auch Sanktionen seien als Abschreckung notwendig. Es wurde auch auf die negativen Auswirkungen des Konflikts auf die russischen Bürger hingewiesen.

Andere Parlamentarier wiesen auf die Rolle der OSZE als Plattform für den Dialog hin und forderten die volle Nutzung ihres Instrumentariums zur Lösung des Konflikts, wobei sie feststellten, dass die Invasion einen schweren Verstoss gegen internationale Vereinbarungen darstelle. Die Operation der Russischen Föderation wurde auf breiter Ebene verurteilt und Parlamentarier aus der gesamten OSZE-Region forderten nachdrücklich ein Ende der Aggression. Es wurde betont, dass die Feindseligkeiten unverzüglich eingestellt werden und alle Parteien an den Verhandlungstisch zurückkehren sollen.

Der ukrainische Delegationsleiter Mykyta Poturaiev schilderte die katastrophale Lage, in der sich sein Land befindet. Er warnte vor den Folgen eines Niedergangs der Ukraine und verwies insbesondere auf die Herausforderungen, die sich für Moldawien, Georgien und die baltischen Staaten ergeben. Er rief alle Parlamentarier dazu auf, sich für die europäische Sicherheit einzusetzen.

Die Abgeordnete Norma Heidegger erklärte in ihrer Wortmeldung, dass Liechtenstein die russische Militäroperation in der Ukraine aufs Schärfste verurteile. Dieser Angriff stelle einen eklatanten Verstoss gegen das Völkerrecht und einen Bruch mit den fundamentalen Regeln der internationalen Ordnung dar. Sie drückte Liechtensteins grosse Besorgnis über die jüngsten Entwicklungen in der Ukraine aus und appellierte an Russland, die Kriegshandlungen umgehend einzustellen. Weiter rief sie zur Einhaltung des humanitären Völkerrechts sowie zum Schutz von Zivilistinnen und Zivilisten im Kriegsgebiet auf. Ebenfalls bekundete sie die Solidarität Liechtensteins mit der ukrainischen Bevölkerung und Regierung. Abschliessend erklärte Norma Heidegger, dass Liechtenstein weiterhin auf eine friedliche Lösung des Konflikts hoffe und die intensiven Bemühungen internationaler Organisationen und seiner Partnerländer, Krieg in Europa zu verhindern, unterstützte.

2. Der Ständige Ausschuss

Unter dem Vorsitz der Präsidentin der Versammlung, Margareta Cederfelt, änderte der Ständige Ausschuss seine Tagesordnung, um den aussergewöhnlichen Umständen des Tages Rechnung zu tragen, da die russische Invasion in der Ukraine erst Stunden zuvor begonnen hatte. Die Sitzung wurde mit einer Schweigeminute für die Opfer des Krieges eröffnet und Präsidentin Cederfelt betonte, wie wichtig Einigkeit in diesen schwierigen Zeiten sei.

Die OSZE-Generalsekretärin Helga Maria Schmid sprach vor den Mitgliedern des Ständigen Ausschusses und verurteilte die russischen Militäraktionen gegen die Ukraine auf das Schärfste. In ihrer Ansprache wies Schmid darauf hin, dass sie normalerweise über die grossartige Arbeit der OSZE sprechen würde, die ein hervorragendes Instrumentarium zur Förderung des OSZE-Ansatzes geschaffen habe, doch bedauerlicherweise habe die Russische Föderation einen Angriff auf die Ukraine gestartet, der die Grundprinzipien der Organisation in Frage stelle. Der Einmarsch in die Ukraine verstosse gegen das Völkerrecht und die OSZE-Verpflichtungen, wobei bereits Hunderte von Menschen ums Leben gekommen seien und die Gefahr einer Eskalation zu einer humanitären Krise wachse. Weiter führte sie aus, dass der Dialog vonseiten der OSZE, dem polnischen Vorsitz, der NATO, den USA und den europäischen Hauptstädten angeboten wurde, Russland aber die Gewalt dem Dialog vorgezogen habe. Die Sicherheit des OSZE-Personals in der Ukraine sei eine Priorität und es werden Notfallpläne in die Tat umgesetzt. Eine weitere Priorität sei die Koordinierung, wobei es dringend notwendig sei, jetzt mit den Teilnehmerstaaten und anderen internationalen Partnern zusammenzuarbeiten. Sie rief Russland zur Deeskalation auf. Am Nachmittag werde eine Sitzung des Ständigen Rates stattfinden, so die Generalsekretärin abschliessend.

Liechtenstein wurde an der Sitzung des Ständigen Ausschusses durch die Delegationsleiterin Norma Heidegger vertreten.

3. Die drei Allgemeinen Ausschüsse

Ausschuss für Politische Angelegenheiten und Sicherheit

Der Politische Ausschuss führte eine Spezialdebatte zum Thema «Erhöhte Spannungen im OSZE-Raum und die Notwendigkeit eines interparlamentarischen Dialogs». Darüber hinaus sprachen Botschafterin Tuula Yrjola, Direktorin des OSZE-Konfliktpräventionszentrums, Botschafterin Jocelyn Kinnear, Vorsitzende des Sicherheitsausschusses des Ständigen Rates der OSZE und Ständige Vertreterin Kanadas bei der OSZE, Botschafter Rovshan Sadigbayli, Vorsitzender des Sicherheitsforums für Zusammenarbeit und Ständiger Vertreter Aserbaidschans bei der OSZE, und Botschafter Kairat Abdrakhmanov, Hoher Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten. Im Anschluss stellte der Berichterstatter Laurynas Kasciunas (Litauen) seine Überlegungen für den Bericht anlässlich der Jahrestagung vor.

Die Delegationsleiterin Norma Heidegger nahm an der Sitzung des Ersten Ausschusses teil.

Ausschuss für Wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt

Im Wirtschaftsausschuss stellte die Berichterstatterin Gudrun Kugler (Österreich) ihren Entwurf für ihren Bericht anlässlich der Jahrestagung vor. Dazu sprachen Botschafter Florian Raunig, Vorsitzender des Wirtschafts- und Umweltausschusses und Ständiger Vertreter Österreichs bei der OSZE, sowie Botschafter Igli Hasani, Koordinator für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE. Die Spezialdebatte konzentrierte sich auf das Thema «Menschenschmuggel in einer globalisierten Wirtschaft». Dazu sprachen Valiant Richey, OSZE-Sonderbeauftragter und Koordinator für den Kampf gegen Menschenschmuggel, und Christopher H. Smith (USA), Sonderbeauftragter der Versammlung gegen Menschenschmuggel.

Der Abgeordnete Sebastian Gassner nahm online an der Sitzung des Zweiten Ausschusses teil.

Ausschuss für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen

Der Berichterstatter Johan Buser (Schweden) stellte seine Ideen für den Bericht anlässlich der Jahrestagung vor. Anschliessend führte der Ausschuss eine Spezialdebatte zum Thema «Journalismus als Vorbedingung für Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit». Dazu sprachen Dmitry Andreyevich Muratov, Preisträger des Friedensnobelpreis 2021 und Chefredakteur der Novaya Gazeta, sowie Teresa Ribeiro, OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit. Des Weiteren sprachen Matteo Mecacci, Direktor des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR), und Botschafterin Anne-Kirsti Karlsen, Vorsitzende des Ausschusses für die menschlichen Dimension des Ständigen Rates der OSZE und Ständige Vertreterin Norwegens bei der OSZE.

Die Delegationsleiterin Norma Heidegger nahm Einsitz im Dritten Ausschuss.

III. Jahrestagung vom 2. Juli bis 6. Juli 2022 in Birmingham

Vom 2. bis zum 6. Juli fand die 29. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE in Birmingham (Vereinigtes Königreich) statt. Insgesamt trafen sich knapp 240 Abgeordnete aus 51 OSZE-Teilnehmerstaaten, um aktuelle Themen zu diskutieren. Liechtenstein wurde durch die Abgeordnete Norma Heidegger (Delegationsleiterin), die stellvertretende Abgeordnete Elke Kindle sowie die Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger vertreten. Es war das erste rein physische Treffen seit Ausbruch der Covid-19-Pandemie vor gut zwei Jahren.

Die Jahrestagung fand ohne die russische und ohne die belarussische Delegation statt, da die britische Regierung Visumsanträge der beiden Delegationen ablehnte. Das Gastland stützte seine Entscheidung darauf, dass die Mitglieder dieser beiden Delegationen aufgrund des Angriffskrieges auf die Ukraine auf der Sanktionsliste des Vereinigten Königreichs stehen.

1. Eröffnungssitzung

An der Eröffnungssitzung berichtete Margareta Cederfelt, Präsidentin der Versammlung, über ihren kürzlichen Besuch in Kiew, Butscha und Irpin. Sie beschrieb die Zerstörung, welche sie und ihre Delegation angetroffen haben, und bedauerte, dass mit der Fortsetzung des Krieges noch viele Menschen getötet werden. Sie bekräftigte erneut die Unterstützung für die Ukraine. Sie erinnerte daran, dass die OSZE seit Beginn der Feindseligkeiten in der Ukraine im Jahr 2014 eine einheitliche Position vertrete und die illegale Annexion der Krim und der Stadt Sewastopol seit Beginn der militärischen Konfrontation in der Ostukraine verurteilt habe. Die OSZE habe stets auf eine Lösung des Konflikts durch die vollständige Umsetzung der Minsker Vereinbarung gedrängt.

Helga Maria Schmid, Generalsekretärin der OSZE, stellte die Einhaltung der Prinzipien der Schlussakte von Helsinki von 1975 in das Zentrum ihrer Ansprache. Die Kernprinzipien, auf die man sich vor fast 50 Jahren in Helsinki geeinigt habe, seien nach wie vor von entscheidender Bedeutung für die gemeinsame Sicherheit. Auch wenn diese Prinzipien derzeit mit dem Krieg gegen die Ukraine mit Füßen getreten werden, sei die OSZE überzeugt, dass der Dekalog von Helsinki die wesentliche Grundlage für Frieden und Sicherheit in der OSZE-Region sei und bleibe.

Ebenfalls sprachen Vertreter des Gastgebers, darunter John Whittingdale, Leiter der britischen OSZE-Delegation, Lord Tariq Ahmad of Wimbledon, Staatsminister für Süd- und

Zentralasien und das Commonwealth, sowie Sir Lindsay Hoyle, Sprecher des britischen Unterhauses.

Nach den Eröffnungsreden diskutierte und verabschiedete die Versammlung den Entschliessungsentwurf «The Russian Federation's War of Aggression against Ukraine and its People, and its Threat to Security across the OSCE Region», welcher von Abgeordneten aus Litauen, der Ukraine und den Vereinigten Staaten eingebracht wurde.

2. Der Ständige Ausschuss

Die Sitzung des Ständigen Ausschusses fand am 2. Juli unter der Leitung von Präsidentin Margareta Cederfelt statt. Liechtenstein wurde durch die Delegationsleiterin Norma Heidegger vertreten.

Der Schatzmeister, Peter Juel-Jensen (Dänemark), schlug für das Haushaltsjahr 2022/2023 ein Budget von EUR 4'094'279 vor. Aufgrund der derzeitigen schwierigen Weltwirtschaftslage mit einer erhöhten Inflation und grosser Unvorhersehbarkeit wurde der Haushalt auf dem Vorjahresniveau belassen. Die Mitglieder des Ständigen Ausschusses stimmten dem Vorschlag zu. Der liechtensteinische Beitrag zum Haushalt der OSZE PV beträgt EUR 5'118, was 0,125 Prozent des Gesamthaushalts der Versammlung entspricht.

Während der Sitzung des Ständigen Ausschusses brachte die ukrainische Delegation einen Vorschlag zur Änderung der Geschäftsordnung vor. Es soll ein Verfahren eingeführt werden, welches einen Mechanismus zur Aussetzung des Mandats einer Delegation vorsieht, deren Land die Souveränität und territoriale Integrität eines anderen OSZE-Mitgliedstaats verletzt. Der Ausschuss sprach sich dafür aus, diese Angelegenheit dem Geschäftsordnungsausschuss zur Erarbeitung der Einzelheiten zu übergeben.

3. Die drei Allgemeinen Ausschüsse

Die drei Ausschüsse (Ausschuss für Politische Angelegenheiten, Ausschuss für Wirtschaftliche Angelegenheiten und Ausschuss für Menschenrechte) diskutierten jeweils einen im Vorfeld verfassten Bericht mit entsprechender Entschliessung.

Die Tagesordnung der Jahrestagung kann durch zusätzliche Entschliessungsentwürfe zu einer beliebigen Angelegenheit innerhalb der Zuständigkeit der OSZE ergänzt werden, welche jedoch nicht im direkten Zusammenhang mit den Themen stehen, die von den Berichterstattern der Ausschüsse vorgeschlagen werden. Diese zusätzlichen Beratungsgegenstände werden als Entschliessungsentwurf vorgelegt und müssen mit den Unterschriften von mindestens 20 Mitgliedern aus mindestens vier verschiedenen Staaten versehen sein. Gemäss Geschäftsordnung darf ein Mitglied der Versammlung nicht mehr als vier zusätzliche Beratungsgegenstände unterstützen.

In Birmingham wurden folgende Entschliessungsentwürfe von den Ausschüssen verabschiedet: die Opfer von Terrorismus; ein Verhaltenskodex für Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung der OSZE; die Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen im OSZE-Raum; die Beschleunigung des Übergangs zu Grüner Energie; die Bedeutung der menschlichen Dimension im Zusammenhang mit den aktuellen Bedrohungen für die Sicherheit im OSZE-Raum, die von der russischen Aggression gegen die Ukraine ausgehen; die Bekämpfung von Gewalt gegen Journalistinnen und Politikerinnen; die arktische Region; die Sicherheit von Journalisten in Konfliktregionen; das Engagement von Jugendlichen in der Gesellschaft.

Ausschuss für Politische Angelegenheiten und Sicherheit

Der Berichterstatter Laurynas Kasciunas (Litauen) stellte seinen Bericht mit dem Titel «Verteidigung der Prinzipien und Verpflichtungen der OSZE inmitten beispielloser militärischer Feindseligkeiten in der OSZE-Region» vor. Die Entschliessung verurteilt den anhaltenden Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine auf das Schärfste. Die Russische Föderation wird aufgefordert, einen sofortigen Waffenstillstand zu schliessen und die russischen Truppen aus der gesamten Ukraine abziehen. Ausserdem wird die Arbeit der unabhängigen internationalen Untersuchungskommission die mutmassliche Kriegsverbrechen in der Ukraine untersucht im Auftrag des UN-Menschenrechtsrats und des Internationalen Strafgerichtshofs unterstützt.

Zbigniew Rau, polnischer Aussenminister und amtierender Vorsitzender der OSZE, erklärte in seiner Rede, dass die OSZE durch Zusammenarbeit sicherstellen muss, dass ihre wichtige Arbeit in der Ukraine fortgesetzt wird. Angesichts der aktuellen Bedrohung durch die russische Aggression gegen die Ukraine sollte die Einigkeit bekräftigt und an der Widerstandsfähigkeit unermüdlich gearbeitet werden. In seiner Rede wies Rau darauf hin, dass die OSZE und die internationale Gemeinschaft im weiteren Sinne an einem Wendepunkt der Geschichte stehen und an ihrer Reaktion gemessen werden. Er betonte, dass die OSZE sich das Vertrauen, das sie über Jahre hinweg bei den Menschen in Konfliktgebieten aufgebaut hat, weiterhin verdienen sollte. Die Menschenrechte seien universell und unteilbar, und man dürfe nicht schweigen, wenn sie verletzt werden. Entschlossenheit und klare Zielsetzung seien der Schlüssel zur Verteidigung der Werte und Prinzipien, betonte der Minister, und die OSZE solle angesichts der aktuellen Bedrohung ihre Widerstandsfähigkeit ausbauen.

Im Anschluss an seine Rede stellte sich der amtierende Vorsitzende den Fragen der Parlamentarier und wurde vom Sonderbeauftragten der Versammlung der OSZE für den parlamentarischen Dialog über die Ukraine, Reinhold Lopatka (Österreich), zu den Aussichten der Diplomatie auf ein Ende des Krieges befragt. Rau antwortete, dass es der Ukraine als Opfer einer Aggression obliege zu entscheiden, wann sie diplomatische Bemühungen einleiten wolle und wenn sie dies tue, solle die OSZE bereit sein dies zu unterstützen.

Die Delegationsleiterin Norma Heidegger nahm an den Sitzungen des ersten Allgemeinen Ausschusses teil.

Ausschuss für Wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt

Der Ausschuss für Wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt tagte unter der Leitung von Pere Joan Pons (Spanien). Auf der Tagesordnung standen der Bericht und der Entschliessungsentwurf der Berichterstatterin Gudrun Kugler aus Österreich. Die Entschliessung befasste sich unter anderem mit den wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie sowie mit dem Klimawandel. Die Berichterstatterin betonte den Zusammenhang zwischen diesen Themen und der Sicherheit und wies darauf hin, dass mehrere der wichtigsten Krisen unserer Zeit die Wirtschafts- und Umweltdimension betreffen. Sie wies auf die besonderen Herausforderungen des Krieges in der Ukraine und die nachteiligen Auswirkungen auf Menschen, Wirtschaft und Umwelt hin. Sie betonte, dass es notwendig sei, sich auf Themen zu konzentrieren, die nicht auf den Titelseiten der Zeitungen stehen, wie zum Beispiel die demografische Entwicklung.

Die stv. Abgeordnete Elke Kindle nahm an den Sitzungen des zweiten Allgemeinen Ausschusses teil.

Ausschuss für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen

Auf der Tagesordnung standen der Bericht und der Entschliessungsentwurf des Berichterstatters Johan Buser (Schweden) zum Thema «Menschliche Sicherheit für alle als Grundlage für europäische Sicherheit». Buser wies auf die Notwendigkeit hin, das Engagement für Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit zu stärken. In seinen einleitenden Worten betonte er, dass die Gewährleistung inklusiver und widerstandsfähiger Demokratien, die die Menschenrechte und die OSZE-Prinzipien in vollem Umfang achten, im Vordergrund der Arbeit der Versammlung stehen sollte. Mehrere Krisen in den letzten Jahren hätten die Achtung der Rechtsstaatlichkeit beeinträchtigt und die Demokratien gefährdet, so der Berichterstatter, der darauf hinwies, dass die Regierungen weitreichende und beispiellose Entscheidungen getroffen haben, um die Ausbreitung von Covid-19 einzudämmen, von denen einige möglicherweise Menschenrechtsprobleme und Ungleichheiten verschärft haben, mit verheerenden Auswirkungen auf gefährdete Gruppen und Gesellschaften.

Die Delegationsleiterin Norma Heidegger vertrat Liechtenstein im dritten Allgemeinen Ausschuss.

4. Plenarversammlung

Auf der Tagesordnung der Plenarversammlung standen die Berichterstattungen der Präsidentin der Versammlung, des Generalsekretärs sowie von verschiedenen Ad-hoc-Vorsitzenden und Sonderbeauftragten der Versammlung. Ebenfalls wurden Berichte über durchgeführte Wahlbeobachtungsmissionen präsentiert.

5. Erklärung von Birmingham

Als Ergebnis der Tagung wurde die 57 Seiten umfassende «Erklärung von Birmingham» verabschiedet. Sie beinhaltet die Resolutionen der Ausschüsse und die Entschliessungen über die zusätzlichen Beratungsgegenstände. Die Erklärung enthält Empfehlungen an die nationalen Regierungen und Parlamente sowie die internationale Gemeinschaft in den Bereichen politische Angelegenheiten, Sicherheit, Wirtschaft, Umwelt, Menschenrechte und humanitäre Fragen.

Die Erklärung fordert die Mitgliedstaaten auf, sich auf der höchsten politischen Ebene zur vollen Umsetzung der OSZE-Verbindlichkeiten sowie zur Stärkung der Organisation zu verpflichten. Die Erklärung von Birmingham wird den Parlamenten und Regierungen aller 57 OSZE-Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellt. Das Dokument kann über die Homepage der Versammlung der OSZE (<http://www.oscepa.org/>) abgerufen werden.

6. Bilaterale Gespräche

Am Rande der Tagung bot sich für die liechtensteinische Delegation die Möglichkeit, sich auf informeller Ebene mit Parlamentarierinnen und Parlamentariern anderer Staaten über aktuelle Themen auszutauschen.

Auf Einladung der Schweizerischen Botschaft in London, Frau Chantal Moser, stellvertretende Botschafterin, fand am Montag, 4. Juli 2022 ein wertvoller Informationsaustausch mit der gesamten Schweizerischen Delegation statt.

7. Wahlen

Zum Schluss der Jahrestagung standen verschiedene Wahlen der Versammlung auf der Agenda. Als Präsidentin wurde Margareta Cederfelt (Schweden) für eine weitere Amtsdauer von einem Jahr wiedergewählt. Als Gegenkandidatin stellte sich Kari Henriksen (Norwegen) zur Wahl. Folgende Personen wurden gewählt:

Präsidentin	Margareta Cederfelt (Schweden)
Vizepräsidenten	Irene Charalambides (Zypern) Mark Pritchard (Vereinigtes Königreich) Pere Joan Pons (Spanien) Michael Georg Link (Deutschland)

Ausschuss für Politische Angelegenheiten und Sicherheit

Vorsitzender	Richard Hudson (USA)
Vizevorsitzender	Costel Neculai Dunava (Rumänien)
Berichterstatte	Laurynas Kasčiunas (Litauen)

Ausschuss für Wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt

Vorsitzender	Azay Guliyev (Aserbaidschan)
Vizevorsitzender	Artur Gerasymov (Ukraine)
Berichterstatte	Gudrun Kugler (Österreich)

Ausschuss für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen

Vorsitzender	Nikoloz Samkharadze (Georgien)
Vizevorsitzende	Farah Karimi (Niederlande)
Berichterstatte	Johan Buser (Schweden)

Die Amtsdauer in den drei Allgemeinen Ausschüssen beträgt ein Jahr.

IV. Herbsttagung vom 24. bis 26. November 2022 in Warschau

Anlässlich der 20. Herbsttagung kamen im polnischen Parlament Sejm in Warschau rund 170 Parlamentarier aus 46 OSZE-Teilnehmerstaaten zusammen, um über das Thema «Der Krieg in der Ukraine: Die Rolle der OSZE und der nationalen Parlamente» zu diskutieren. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie am besten auf den Krieg reagiert werden kann, um ihn rasch und gerecht zu beenden, die OSZE-Verpflichtungen einzuhalten, die Grundfreiheiten und Menschenrechte zu wahren und die wirtschaftliche und ökologische Sicherheit zu schützen. Liechtenstein wurde durch den Abgeordneten Sebastian Gassner vertreten.

1. Eröffnungssitzung und Parlamentarische Konferenz

Die Eröffnungssitzung am 24. November umfasste Reden der polnischen Parlamentspräsidentin Elzbieta Witek, des polnischen Senatspräsidenten Tomasz Grodzki, des amtierenden OSZE-Vorsitzenden und polnischen Aussenministers Zbigniew Rau, Margareta

Cederfelt, Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung der OSZE sowie eine Videoansprache des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenski.

In den drei Teilsitzungen wurde über das Thema «Der Krieg in der Ukraine: Die Rolle der OSZE und der nationalen Parlamente» aus der Perspektive der drei Dimensionen der OSZE (politische, wirtschaftliche und menschliche Dimension) diskutiert. An der ersten Sitzung standen die Auswirkungen des Krieges auf die OSZE wie die Ernährungssicherheit und die Energie im Mittelpunkt der Debatten.

Die zweite Sitzung konzentrierte sich auf die Förderung der wirtschaftlichen und ökologischen Sicherheit inmitten der aktuellen Krise. Es wurde auf die Auswirkungen des Krieges auf die Umwelt, insbesondere auf die Sabotage der Nord Stream-Pipelines und die wiederholten Angriffe auf ukrainische Atomkraftwerke hingewiesen.

An der dritten Sitzung wurde über den Schutz der Grundrechte in bewaffneten Konflikten diskutiert. Dazu sprach Matteo Mecacci, Direktor des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR). In der Diskussion wurde vorgeschlagen, die Rechenschaftspflicht für Kriegsverbrechen und das Verbrechen der Aggression durch die Einrichtung eines Mechanismus für ein internationales Tribunal zu gewährleisten und die Anwendung der Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrates über Frauen, Frieden und Sicherheit auf den Krieg in der Ukraine zu fördern.

Der Abgeordnete Sebastian Gassner erklärte in seiner Wortmeldung, dass Liechtenstein den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine mit all seinen Folgen aufs Schärfste verurteile. Es sei unerträglich mit ansehen zu müssen wie täglich Propaganda und Narrative verbreitet und die Menschenrechte mit Füßen getreten werden. Darüber hinaus glaube er an die Kraft der frei gewählten Parlamentarier und er sei überzeugt, dass die Parlamentarische Versammlung der OSZE diesen Lügen konsequent entgegentreten werde. Insbesondere wenn der verbale Konflikt in einem Raum ausgetragen werde und die parlamentarische Versammlung der OSZE mit vereinter Stimme spreche, steige die Bedeutung und die Sichtbarkeit dieser gemeinsamen Werte und Prinzipien und das besonders dann, wenn ein Mitglied innerhalb der OSZE diese Werte und Prinzipien mit Füßen trete.

2. Der Ständige Ausschuss

Im Mittelpunkt der Sitzung des Ständigen Ausschusses stand ein Antrag zur Abänderung der Geschäftsordnung der Versammlung. Nachdem die ukrainische Delegation einen entsprechenden Vorschlag an der Jahrestagung eingebracht hatte, erarbeitete der Unterausschuss für die Geschäftsordnung die Einzelheiten der Umsetzung. Die Abänderung sieht ein neues Verfahren vor, welches einen Mechanismus zur Aussetzung eines Mandats einer Delegation vorsieht, deren Land die Souveränität und territoriale Integrität eines anderen OSZE-Mitgliedstaats verletzt. Nach kontroversen Diskussionen wurde der Antrag nicht angenommen. Der Unterausschuss für die Geschäftsordnung wurde beauftragt weitere mögliche Massnahmen wie Sanktionen oder der Entzug des Stimmrechts zu prüfen.

Ebenfalls wurden die Berichte der Präsidentin der Versammlung, des Schatzmeisters, des Generalsekretärs, der Sonderbeauftragten, der Ad-hoc-Ausschüsse sowie Berichte über Wahlbeobachtungsmissionen zur Kenntnis genommen.

3. Network of Young OSCE PA Parliamentarians

Dieses Netzwerk bestehend aus Parlamentarierinnen und Parlamentarier jünger als 40 Jahre wurde Ende 2021 als informelle, parteiübergreifende Gruppierung ohne geopolitische Interessen ins Leben gerufen. Seither fanden verschiedene Treffen statt. Eins der Ziele des Netzwerkes ist es junge OSZE Parlamentarier zu fördern, um in den wichtigen Plattformen der Versammlung aktiver vertreten zu sein. Des Weiteren dient es dem Austausch von eigenen Erfahrungen sowie von «best practices». Anlässlich der Herbsttagung fand ein weiteres Treffen statt, an welchem der Abgeordnete Sebastian Gassner teilnahm.

V. Call for Action – Helsinki +50 Process

Die Versammlung lancierte die Initiative «Call for Action – Helsinki +50 Process» mit dem Ziel die Arbeitsweise der OSZE zu verbessern und die politische Aufmerksamkeit dafür zu erhöhen. Das erarbeitete Dokument unterstreicht die Bedeutung der Umsetzung der wichtigsten Verpflichtungen durch die Teilnehmerstaaten, eines stärkeren und gezielteren Überprüfungsprozesses und weist auf die Notwendigkeit hin, die Rolle der Organisation bei der Bewältigung der aktuellen Herausforderungen zu stärken und ihre Wirksamkeit zu erhöhen, unter anderem durch die Förderung eines echten politischen Dialogs.

Der Start der Initiative bildete ein virtueller runder Tisch am 27. Januar 2021 mit gut 130 Teilnehmern. Ziel der Diskussionen ist es einen Fahrplan und eine Agenda für die nächste Phase zu entwickeln und mögliche Diskussionsthemen zu identifizieren und zu priorisieren sowie das weitere Vorgehen zu planen. Bis Ende 2022 fanden insgesamt fünf Treffen statt. Anlässlich der Wintertagung im Februar 2023 ist ein weiteres informelles Treffen geplant.

VI. Zusammenarbeit

Vor jeder Tagung erhielt die Delegation ein umfangreiches Dossier des Ministeriums für Äusseres mit Liechtenstein-spezifischen Unterlagen. Anlässlich der Wintertagung fand ein Briefing mit Dominik Marxer, stellvertretender Missionsleiter der Ständigen Vertretung Liechtensteins bei der OSZE in Wien, statt.

VII. Kostenaufwand der Delegation

Im Berichtsjahr 2022 beliefen sich die Reisekosten/Spesen der Delegation auf CHF 10'009 (Vorjahr CHF 1'054). Die Taggelder machten im Jahr 2022 CHF 13'200 (Vorjahr CHF 4'000) aus. Die Kosten für den Jahresbeitrag an die Parlamentarische Versammlung der OSZE betragen EUR 5'118.

VIII. Weitere Informationsquellen

Ausführliche Informationen, wie detaillierte Berichte zu den Tagungen sowie Videoaufzeichnungen können auf der Homepage der Parlamentarischen Versammlung der OSZE (<http://www.oscepa.org/>) heruntergeladen werden.

IX. Schlusswort und Antrag

Für Liechtenstein ist die OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) eine wichtige Plattform, um sich gemäss den aussenpolitischen Prioritäten für Frieden und Sicherheit in Europa, in seinen Nachbarregionen und in der Welt insgesamt einzusetzen und um auf die eigene Souveränität aufmerksam zu machen. Die Delegation, bestehend aus dem Abgeordneten Sebastian Gassner, der stellvertretenden Abgeordneten Elke Kindle, dem Abgeordneten Günter Vogt und mir als Delegationsleiterin, nahm an verschiedenen Tagungen und Aktivitäten teil, die im Rahmen der OSZE PV, oder mit den ihr verbundenen Institutionen, durchgeführt wurden.

Am frühen Morgen vom 24. Februar 2022 geschieht das, was westliche Mächte mit Gesprächen und den Androhungen von Sanktionen verzweifelt zu verhindern versucht hatten: Der russische Präsident Wladimir Putin ist mit dem Militär in die Ukraine eingefallen. Am selben Tag fand in Wien die Wintertagung der Parlamentarier der OSZE statt. Da für das Wintermeeting in der Wiener Hofburg nur die Delegationsleitungen Zutritt hatten, wurde Liechtenstein durch mich und der Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger vertreten. Der Abgeordnete Sebastian Gassner konnte online teilnehmen.

Aufgrund des russischen Angriffs auf die Ukraine, wurde die vorgesehene Agenda für die Wintertagung den Ereignissen angepasst. Die OSZE-Generalsekretärin Helga Schmid sprach vor den Mitgliedern des Ständigen Ausschusses und verurteilte die russischen Militäraktionen gegen die Ukraine auf das Schärfste. An der folgenden Debatte stand der Angriff Russlands auf die Ukraine im Zentrum der Voten. Von insgesamt 57 Teilnehmerstaaten waren 55 delegierte Parlamentarier anwesend und alle haben nacheinander der Bevölkerung und der Regierung von der Ukraine ihre Solidarität ausgesprochen.

Als parlamentarische Vertreterin für Liechtenstein konnte ich ein Statement einbringen, in dem ich klar zum Ausdruck brachte, dass Liechtenstein die russische Militäroperation auf das Schärfste verurteilt und dass dieser Angriff einen eklatanten Verstoss gegen das Völkerrecht und einen Bruch mit den fundamentalen Regeln der internationalen Ordnung darstellt. Auch drückte ich Liechtensteins grosse Besorgnis über die jüngsten Entwicklungen in der Ukraine aus und appellierte an Russland, die Kriegshandlungen umgehend einzustellen. Weiter rief ich zur Einhaltung des humanitären Völkerrechts sowie zum Schutz von Zivilistinnen und Zivilisten im Kriegsgebiet auf.

Im Mai 2022 ernannte dann die Präsidentin der OSZE PV Margareta Cederfelt den Vizepräsidenten Reinhold Lopatka zum Sonderbeauftragten der Versammlung für den parlamentarischen Dialog mit der Ukraine. Die Ernennung wurde am 11. Mai bei einem Webinar der OSZE PV zum russischen Krieg in der Ukraine bekannt gegeben, bei dem Präsidentin Cederfelt betonte, dass es wichtig sei, alle verfügbaren Instrumente zur Beendigung des Krieges einzusetzen, einschliesslich der parlamentarischen Diplomatie.

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE ist seit dem 24. Februar 2022 bemüht, dass die OSZE weiterhin ein Forum für den Dialog bleibt. Denn wegen der zunehmend verhärteten Fronten stand auch immer wieder ein möglicher Ausschluss Russlands aus der OSZE im Raum. Davon hält Generalsekretärin Helga Maria Schmid allerdings nichts, wie sie in einem im Dezember 2022 veröffentlichten Interview festhielt.

Zitat: «Die Gründer der OSZE haben aus gutem Grund keinen Austrittsmechanismus vorgesehen. Die OSZE ist qua Definition eine inklusive Organisation. Wir haben derzeit sehr

schwierige Diskussionen, die Gräben sind tief. Aber in der Zukunft werden die einzigartigen Instrumente der OSZE, der umfassende Sicherheitsansatz und die Tatsache, dass Russland und Amerika, Europa und Zentralasien an einem Tisch sitzen, wegweisend sein».

Gerade wegen ihrer inklusiven Mitgliedschaft mit ihren 57 Teilnehmerstaaten aus Zentralasien, Nordamerika und Europa ist die OSZE einzigartig und unverzichtbar und wird deshalb künftig eine noch grössere Rolle spielen.

Ich bedanke mich abschliessend herzlich bei meinen Delegationskolleginnen und Kollegen, bei Martin Frick vom Amt für Auswärtige Angelegenheiten, der Botschaft in Wien und der Regierung für die Unterstützung. Ein besonderer Dank gilt unserer Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger für ihre allzeit professionelle und wertvolle Unterstützung.

Ich bitte den Hohen Landtag den Jahresbericht 2022 der Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung der OSZE zur Kenntnis zu nehmen.

Die Delegationsleiterin

Norma Heidegger

Triesen, im Januar 2023